

**Seit dem 25. Mai 2018 gilt die Datenschutz-Grundverordnung
der Europäischen Union (EU-DSGVO)
Informationspflicht nach Art. 13 und 14 EU-DSGVO**

1. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz,
Telefon: 06131-165710, Fax: 06131-165744 E-Mail: buergerbuero@stk.rlp.de

2. Kontaktdaten des behördlichen Datenschutzbeauftragten

Behördlicher Datenschutzbeauftragter der Staatskanzlei,
Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz, Tel.: 06131/16-0, E-Mail: datenschutz@stk.rlp.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Ihre Daten werden für die Dokumentation und die Bearbeitung Ihres Anliegens erhoben. Ihre Daten werden auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe c) und e) EU-DSGVO verarbeitet.

4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Die Staatskanzlei verarbeitet die von Ihnen übermittelten personenbezogenen Daten. Diese Daten werden ggfs. an die im Anschreiben genannten Stellen übermittelt, um Ihr Anliegen zu prüfen.

5. Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland

Es ist nicht geplant, Ihre personenbezogenen Daten an ein Drittland/eine internationale Organisation zu übermitteln.

6. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Ihre Daten werden nach der Erhebung für die Dauer der Bearbeitung Ihres Anliegens oder so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungspflichten erforderlich ist; längstens 10 Jahre.

7. Betroffenenrechte

Nach der EU-DSGVO stehen Ihnen folgende Rechte zu:

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 EU-DSGVO).

Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 EU-DSGVO).

Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 EU-DSGVO).

Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 EU-DSGVO).

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die Staatskanzlei, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Zur Ausübung Ihrer Rechte wenden Sie sich bitte an den behördlichen Datenschutzbeauftragten (s. Ziff. 2).

Bei datenschutzrechtlichen Beschwerden können Sie sich an die zuständige Aufsichtsbehörde wenden. Diese ist der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz, Hintere Bleiche 34, 55116 Mainz, Telefon: +49 (0) 6131 208-2449, Telefax: +49 (0) 6131 208-2497, Webseite: <https://www.datenschutz.rlp.de>, E-Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de